

Internationaler Aufruf

Gewerkschaftsangehörige EisenbahnerInnen für ein anderes Europa

Nein zum Entwurf der europäischen Verfassung !

Der von den Staats- und Regierungschefs am 18. Juni 2004 beschlossene Verfassungsentwurf bestimmt eine Reihe politischer, wirtschaftlicher und sozialer Entscheidungen, die normalerweise einer kontinuierlichen demokratischen Debatte bedürfen. Alle Beschlüsse gehen immer wieder in dieselbe Richtung : die Beherrschung des freien Markts, die Handlungsfreiheit des Kapitals und der transnationalen Firmen. So lautet das Grundprinzip der Europäischen Union: das Prinzip *„einer offenen Marktwirtschaft, wo die Konkurrenz frei und nicht verfälscht ist“*.

Dieses im Kern der europäischen Verträge stehende Ziel richtet sich gegen den sozialen Schutz, befürwortet die Verlängerung und Flexibilisierung der Arbeitszeit und führt zur Förderung eines sozialen Rückschritts in allen Ländern der Europäischen Union. Die Rechte der Arbeitslosen und der Arbeitnehmer werden erneut in Frage gestellt, sowie die Beschlüsse über die Arbeitszeit es zeigen. Die Arbeitslosigkeit und die Unsicherheit

des Arbeitsplatzes werden wegen der wirtschaftlichen liberalen Politik immer größer.

Dieses Prinzip begünstigt auch die Konkurrenz und die Privatisierungen der öffentlichen Dienstleistungen. Es fördert die Delokalisierungen und das soziale Dumping nach der Theorie der Liberalisierung der Dienste (Bolkenstein).

Die Charta der Grundrechte baut darauf auf. Einerseits gibt es kein europäisches Sozialrecht, das die ökonomische Konkurrenz etwa ausgleichen könnte, letztere bleibt also das einzige Recht im gemeinschaftlichen Sinne. Andererseits ist sie von vielen Seiten her unannehmbar: sie ersetzt das Recht auf einen Arbeitsplatz durch das Recht zu arbeiten, sie erkennt kein europäisches Streikrecht an und lehnt die Gleichberechtigung derjenigen ab, die ohne Staatsangehörigkeit eines der Mitgliedstaaten in Europa leben.

Wenn dieser Text ratifiziert wird, wird anschließend die Einwilligung aller 25 Mitgliedstaaten notwendig, um ihn zu ändern, was somit fast unmöglich sein wird. So würden nicht nur die Entscheidungen der Wirtschaftspolitik der öffentlichen Debatte und dem demokratischen Entschluss entzogen, sondern jeglicher soziale Fortschritt sowie eine Verbesserung der Charta der Grundrechte würde auch hinfällig.

Der Verzicht auf die Souveränität geht zugunsten unabhängiger Instanzen wie die der Kommission oder der europäischen Zentralbank, deren einziges Ziel darin besteht, die Stabilität der Preise aufrechtzuerhalten und der öffentliche Dienst, der soziale Bereich, Löhne und Arbeit werden aufgrund der

Haushaltspolitik vernachlässigt. Dieses Europa wird ohne das Volk in undurchsichtigen Verhandlungen zwischen den einzelnen Regierungen geschaffen. Dieses liberale Europa fördert den gefährlichen Aufschwung des reaktionären Populismus (pro Souveränität) und der ausländerfeindlichen äußersten Rechten.

Es ist dringend, Europa eine neue Basis zu geben, die es vom finanziellen Liberalismus befreit, die es mit dem sozialen Fortschritt, dem Frieden, der Demokratie, der nachhaltigen Entwicklung und der Kooperation der Völker der Erde versöhnt.

Wir sind entschieden für eine Welt, das heißt auch für ein Europa, ohne Arbeitslosigkeit, ohne Arbeitsplatzunsicherheit, ohne Verschlechterung der Lebensbedingungen. Der soziale Schutz muss verstärkt werden, die Wirtschaftspolitik gleichgeschaltet, das Steuerwesen angeglichen, der öffentliche Dienst auf europäischer Ebene entwickelt werden, damit all dieses ein Gegengewicht zur freien Konkurrenz wird. Man muss eine umweltfreundliche wirtschaftliche

Entwicklung schaffen und den Frauen die Gleichberechtigung und die Rechte anerkennen, die sie beanspruchen. Wir streben nach einer demokratischen Welt, also auch einem demokratischen Europa, für das Wohl seiner Bürger.

Damit dieses Europa möglich wird, muss den Bürgern überall das Wort gegeben werden. In allen europäischen Ländern müssen die Völker über ihre Zukunft befragt werden. Um die Möglichkeit eines anderen Europas zu schaffen, dürfen wir diese Verfassung nicht annehmen und wir rufen zur Mobilisierung auf, um durchzusetzen, dass die Rechte der Arbeitnehmer, der Arbeitslosen und Rentner im Aufbau Europas wirklich mit berücksichtigt werden.

Die europäische Union gründet auf einer übernationalen Zusammenarbeit, die der finanziellen Macht dient und die auf dem internationalen Markt seine transnationalen Unternehmen in Konkurrenz treten lässt, dieses ist eindeutig in dem aktuellen Entwurf der europäischen Verfassung ratifiziert.

Dieser Verfassungsentwurf

- macht aus dem Kapitalismus ein Verfassungsprinzip
- befürwortet ein Anheben der militärischen Ausgaben im Rahmen der NATO
- erkennt nicht als wesentlich die Rechte und Freiheiten der ArbeiterInnen an, weder am Arbeitsort noch in der Gesellschaft, weder Recht auf Streik, auf Versammlung, auf gewerkschaftliche Beschäftigungen, auf Gesundheit und Arbeitssicherheit, Recht auf eine Arbeit, auf einen Lohn, um würdig zu leben, auf eine Rente für die Altersversorgung, auf Wohnung, auf Gleichberechtigung, auf Gedanken- und Meinungsfreiheit, und noch Recht darauf, die Umwelt und das Ökosystem für die gegenwärtigen und künftigen Generationen zu schützen.
- lässt den Begriff "öffentlicher Dienst" verschwinden, um ihn durch schleierhafte, der Konkurrenz unterworfenen „Dienste des allgemeinen Wohls“ zu ersetzen.

Gewerkschaftler, das dürfen wir nicht dulden.

Diese Politik strebt danach, den öffentlichen Dienst zu schädigen indem sie gegen den bestehenden gesetzlichen Rahmen verstößt (Arbeitsrecht, gewerkschaftliche Rechte, Umweltschutz, öffentliches Gesundheitswesen,

öffentliches Bildungswesen, Sozialhilfe für die Ärmsten), um ihn dann zu privatisieren, das alles mit dem Einverständnis und der Beihilfe der Staatsregierungen.

Dieser Entwurf für den Abbau des sozialen Schutzes und das Desorganisieren des Arbeitsmarkts wird identisch in den verschiedenen Ländern umgesetzt:

- ◆ *Liberalisierung und Privatisierungen.*
- ◆ *Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen.*
- ◆ *Senkung des Budgets für den sozialen Schutz.*
- ◆ *Verfall des öffentlichen Dienstes.*
- ◆ *Steigerung der Arbeitsunfälle.*
- ◆ *Privatverwaltung des öffentlichen Guts.*
- ◆ *Delokalisierung der Unternehmen.*
- ◆ *Verstärkte Unterdrückung und Freiheitseinschränkungen*
- ◆ *Erhaltung der Geschlechterdiskriminierung.*

Die Eisenbahn bedroht durch den Liberalismus

Die Eisenbahn wird mit dieser Situation direkt konfrontiert, mit der Folge des

Kräftemessens zwischen Arbeiterbewegung und denjenigen, die „die Welt regieren“ wollen.

Die europäischen Direktiven, mit den sogenannten „Bahnpaketen“, die die Liberalisierung des Verkehrs organisieren, aber auch die Entscheidungen unserer Regierungen beeinflussen gehen in diese Richtung:

- Privatisierungen der Eisenbahn,
- Trennung der Infrastruktur vom Betrieb,
- „Geschäftspolitik“, die immer mehr auf Gewinn orientiert ist als der Zufriedenheit der Benutzer zu dienen,
- Abwesenheit von Maßnahmen, die das soziale Dumping verhindern,
- Sozialpolitik, die durch das „Management“ den Individualismus fördert.

Gewerkschaftsangehörige EisenbahnerInnen für ein anderes Europa

Wir fordern, eine Ablehnung dieser „europäischen Verfassung“ zu organisieren, eine Ablehnung auf klaren internationalistischen und sozialen Grundlagen !

unterzeichnet durch:

Christian Mahieux
Bundesvorsitzender
SUD-rail
Frankreich

Jean Pierre Tavernier
Bundesvorsitzender
SUD-rail
Frankreich

Patrick Guillaudat
Bundesvorsitzender
SUD-rail
Frankreich

Didier Fontaine
Bundesvorsitzender
SUD-rail
Frankreich

Alex Gordon
Vorsitzender von Wales und
Südwest England
RMT
Großbritannien

Greg Tucker
Landesvorsitzender
RMT
Großbritannien

Hans-Gerd Öfinger
Netz Bahn von unten
TRANSNET
Deutschland

**José Aranda
Escudero**
Vorsitzender
SFF-CGT
Spanien

**Esteban Guijarro
Jimenez**
Bundesvorsitzender
SFF-CGT
Spanien

**José Domingo
Fernandez Ayala**
Bundesvorsitzender
SFF-CGT
Spanien

**Eduardo Atienza
Hernandez**
Bundesvorsitzender
SFF-CGT
Spanien

Bruno Salustri
Stellvertretender
Vorsitzender
ORSA Ferrovie
Italien

Marco Mariani
Bundesvorsitzender
ORSA Ferrovie
Italien

Pasquale Giammarco
Bundesvorsitzender
ORSA Ferrovie
Italien

Giulio Moretti
Bundesvorsitzender
ORSA Ferrovie
Italien

Raniero Casini
Bundesvorsitzender
SULT
Italien

Pasquale Modesti
Bundesvorsitzender
SULT
Italien

Bruno Bellomonte
Bundesvorsitz
SULT
Italien

Carlo Parascandolo
Reg. Vors. Lombardei
FLTU-CUB
Italien

Um diesen Aufruf zu unterzeichnen: rail-constitution@laposte.net